

**Antrag 73/I/2021**

**Jusos LDK**

**Der Landesparteitag möge beschließen:**

**Der Bundesparteitag möge beschließen:**

**Exit Deutschland muss erhalten werden**

- 1 Die SPD Bundestagsfraktion wird aufgefordert sich für ei-
- 2 ne ausreichende und langfristige Finanzierung von EXIT
- 3 Deutschland einzusetzen und dabei für die Berücksichti-
- 4 gung von EXIT Deutschland bei der Umsetzung des Maß-
- 5 nahmenkatalogs der Bundesregierung zur Bekämpfung
- 6 von Rechtsextremismus und Rassismus einzutreten.
- 7 EXIT Deutschland als erfolgreichste Aussteiger\*innen In-
- 8 itiative im Bereich Rechtsextremismus ist erneut bedroht
- 9 seine Arbeit nicht fortsetzen zu können. Grund hierfür
- 10 ist, dass in der Neuauflage des "Demokratie Leben" Pro-
- 11 gramms des BMFSFJ keine Gelder für Aussteiger\*innen-
- 12 Programme vorgesehen sind. Gleichzeitig erkennt die
- 13 Bundesregierung im jüngsten Maßnahmenkatalog des
- 14 Kabinettsausschusses zur Bekämpfung von Rechtsextre-
- 15 mismus und Rassismus vom 25. November 2020 die Be-
- 16 deutung von Ausstiegsmöglichkeiten an.

**Empfehlung der Antragskommission**

**Annahme in der Fassung der AK (Konsens)**

**Ausstiegsprogramme im Rahmen der Demokratieförderung und Extremismusprävention erhalten**

Die SPD-Bundestagsfraktion wird aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass Ausstiegsprogramme wie „Exit Deutschland“ langfristig und bedarfsgerecht gefördert werden. Die deutliche Erhöhung der Mittel im Bundesprogramm „Demokratie leben!“ für die kommenden drei Jahre sind zu begrüßen. Jedoch bedarf es einer Perspektive für die Zeit danach. Die Bundestagsfraktion soll sich dafür einsetzen, dass Ausstiegsprogramme wie Exit Deutschland zukünftig dauerhaft gefördert werden können, beispielsweise durch die Einführung eines Demokratiefördergesetzes.